

[Nachrichten / Meinung](#)**GASTKOMMENTAR: Gesundheit braucht Solidarität**

Von Martina Bunge

Was soll ein Gesundheitssystem leisten? Soll es allen den Zugang zur bestmöglichen Medizin ermöglichen? Oder soll es Menschen von Leistungen ausschließen, weil sie arm sind?

Eine Gesundheitsversorgung aller auf hohem Niveau ist gelebte Solidarität. Solidarität hält unsere Gesellschaft zusammen. Wir sollten stolz darauf sein und weder die Arbeitgeber, die Besserverdienenden noch die Gesunden sollten diese Errungenschaft für mehr Geld im Portemonnaie aufgeben.

Die Finanzierung ist nicht alles in der Gesundheit, aber wichtig. Bisher wird die gesetzliche Krankenversicherung vorwiegend durch Löhne und Renten finanziert. Die Gutverdienenden, die Privatversicherten und die Menschen mit Kapitalerträgen sind unterdurchschnittlich an den Kosten für die Gesundheitsversorgung beteiligt. So zahlt jemand mit 2000 Euro Einkommen 7,9 Prozent an die gesetzliche Krankenkasse. Bei 7000 Euro Lohn im Monat sind es nur 4 Prozent. Das Geld fehlt im Solidarsystem.

Die Gesundheitskosten sind gemessen am Bruttoinlandsprodukt seit 20 Jahren konstant. Gemessen an den Löhnen steigen sie kontinuierlich, weil nur die Kapital- und Mieterträge steigen, die Löhne aber sinken. Damit wird die Einnahmehasis der gesetzlichen Krankenversicherung immer kleiner, Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne verstärken diese Entwicklung. Wir haben also vorwiegend ein Einnahme- und nicht ein Ausgabenproblem.

Zur Lösung müssen die Gutverdienenden, die Kapitaleigner und die Arbeitgeber ins Boot geholt werden. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum bisher nur auf Löhne unter 3675 Euro Beiträge entrichtet werden. Jeder Euro darüber bleibt beitragsfrei und ebenso alle Kapitalerträge. Die Privatversicherungen müssen abgeschafft werden. Diese versichern persönliche Risiken, haben nichts mit Solidarität zu tun.

Das ist im Grunde die Idee hinter der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung meiner Fraktion. So können eine Gesundheitsversorgung aller auf hohem Niveau finanziert werden und Praxisgebühren und Zuzahlungen abgeschafft werden. Dennoch könnten die Beiträge von 14,9 auf 10 Prozent der Einkünfte sinken. Darüber hinaus schlagen wir vor, die Prävention und Gesundheitsförderung massiv und nach dem neuesten Stand der Wissenschaft zu fördern. Damit begegnet man der sozialen Ungleichheit in der Gesundheit ebenso, wie der alternden Gesellschaft.

Auf der Ausgabenseite muss man der Pharmaindustrie mehr auf die Finger klopfen und mehr staatlich forschen. Innovationen können Geld einsparen, wenn es nicht nur um Profite geht. Das sind Ideen für die Gesundheit aller, für Solidarität und nicht für den Profit weniger.

Montag, 16.11.2009

Quelle: <http://www.newsclick.de/index.jsp/artid/11275664/menuid/472071>